



DIE LINKE.
Kreisverband Lüneburg

SPD

Gruppe Die PARTEI / DIE LINKE, Reichenbachstraße 2, 21335 Lüneburg

Hansestadt Lüneburg
Oberbürgermeisterin Claudia Kalisch
Am Ochsenmarkt 1
21335 Lüneburg

Lüneburg, den 10.10.2023

Gemeinsamer Antrag von Die PARTEI / DIE LINKE und SPD zur Erarbeitung eines Housing First Ansatzes für die Hansestadt Lüneburg

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

zur nächsten Ratssitzung bringen die Gruppe Die PARTEI / DIE LINKE und die SPD folgenden Antrag ein:

Die Verwaltung wird um die Erarbeitung eines Ansatzes gebeten, der Housing First als reguläres Vermietungsmodell in der Hansestadt Lüneburg etabliert. Dabei soll die Expertise sozialer Einrichtungen, die im Bereich der Wohnungs- und Obdachlosigkeit und der Bereitstellung von Notunterkünften in Lüneburg agieren (z.B. Lebensraum Diakonie e.V., Wendepunkt und Herberge Plus) sowie die Lüneburger Wohnungsbaugesellschaft und die städtische Wohnbauoffensive einbezogen werden. Weiterhin sollte auf die Erfahrungen und Angebote von Initiativen wie dem Bundesverband Housing First e.V. und der Kooperation HOMESTREETHOME, die sich anderenorts als sinnvoll erwiesen haben, zurückgegriffen werden.

Begründung:

Die Zahl wohnungsloser und obdachloser Menschen steigt. Laut statistischem Bundesamt waren im Januar 2023 etwa 372.000 Menschen wegen Wohnungslosigkeit untergebracht. Das sind 178.000 Menschen mehr als im Vorjahr. Wohnungslose Menschen, die vorübergehend privat unterkommen, und jene Menschen, die ganz ohne Unterkunft auf der Straße leben, werden in dieser Zählung nicht berücksichtigt. Auch geht die Bundesarbeitsgemeinschaft für Wohnungslosenhilfe von einer Dunkelziffer von rund 70 Prozent aus.

Die Hauptgründe für Wohnungsverlust sind laut Statistikbericht 2022 der ZBS Niedersachsen Konflikte mit dem Vermieter, Miet- und Energieschulden, Trennung/Scheidung oder Haftantritt.

Die Lebenserwartung von obdachlosen Menschen liegt mit 49 Jahren ca. 30 Jahre unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. Ursächlich dafür sind die harten Lebensbedingungen auf der Straße (vor allem Kälte), die fehlende Anbindung an medizinische Versorgung, Drogenabhängigkeit (meistens Alkohol) sowie Gewalt.

In Lüneburg (Stadt) liegt die Zahl wohnungsloser Menschen bei ca. 500, Tendenz steigend. Von den 500 Menschen sind (Stand Februar 2022) rund 110 ohne Bleibe, die meisten davon in Notunterkünften. Etwa 20 Personen leben und schlafen unter freiem Himmel. Die anderen wohnungslosen Menschen sind in irgendeiner Form an soziale Hilfen angebunden.

Housing First erweist sich als sinnvoll, da das Konzept wohnungslosen Menschen ermöglicht, über eine Wohnung als Grundbedingung in ein geregeltes Leben zurückzufinden und dauerhaft selbstbestimmt zu leben. Die bei Housing First geleistete Vermittlungs- und Unterstützungsarbeit baut Vorurteile ab und erzielt wirkungsvolle und langfristige Ergebnisse, die sich sowohl für die Menschen, denen eine Wohnung vermittelt

wird, als auch für Vermieter*innen bewähren. Wegen seiner Wirkmächtigkeit ist das Konzept gegenüber konventionellen Hilfssystemen und Notfallsystemen langfristig auch kosteneffizienter.

Mit freundlichen Grüßen



Marianne Esders
Die PARTEI / DIE LINKE



Hiltrud Lotze
SPD



Uwe Nehring
SPD